

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

17.6.1927 (No. 138)

Ergebnis:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. M. e. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.- RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorbehalten werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Amtshandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Wirtschaftliche Umschau

Deutschland soll gewaltige Reparationsbeiträge an das Ausland zahlen, während die Passivität seines Außenhandels wächst und sich nirgends Ausichten zeigen, zu einer dauernden aktiven Handelsbilanz zu kommen. Diese Tatsachen sind es, mit welchen im Zusammenhang mit der Lage des Geldmarkts, die vielbesprochenen Maßnahmen der Reichsbank begründet werden. Zunächst erfolgte auf ihren Wunsch die Einschränkung der Vorkriegsdebit, da viel kurzfristiges ausländisches Leihgeld zu Spekulationszwecken in Deutschland aufgenommen und dadurch die Devisenlage recht bedenklich beeinflusst wurde. Die in der letzten Woche vorgenommene, schließlich infolge der immer stärkeren Beanspruchung des Geldmarkts doch nicht mehr vermeidbare Diskonterhöhung, entsprang nun der Absicht, durch höheren Diskontfuß Voraussetzungen für die Beschaffung langfristiger Gelder aus dem Ausland zu schaffen und hierdurch dem Geldmarkt wie der Devisenlage Erleichterung zu bringen.

Natürlich können solche finanzpolitischen Maßnahmen kein dauerndes Heilmittel sein. In Wirklichkeit verschuldet sich so Deutschland immer weiter, und Fortwirtschafften auf immer steigender geborgter Grundlage ist solange für uns ein Wuß, bis eben bei unseren Reparationsgläubigern die bessere Einsicht siegt. Der Reichsbankpräsident hat bei Begründung der Diskonterhöhung selbst darauf hingewiesen, daß auf die Dauer nur eine in ihrer Zahlungsbilanz ausgeglichene Wirtschaft die Deckung für eine den Kredit- und Zahlungsbedürfnissen des Landes angemessene Notenzirkulation beschaffen kann. Die Ausgleichung auf dem Kreditweg bedeutet aber lediglich eine zeitliche Verschiebung des Zahlungsausgleichs, der irgend einmal definitiv vorgenommen werden muß, denn Auslandskredite müssen ja auch in Devisen verzinst und zurückgezahlt werden. Die deutsche Wirtschaft müßte soviel produzieren und an das Ausland absetzen, daß trotz der Reparationsbeiträge eine ausgeglichene Zahlungsbilanz erreicht wird. Eingerechnet müßte natürlich dazu auch der Zinsendienst an das Ausland werden. Dabei ist nicht zu übersehen, daß auch ohne Reparationszahlungen die hochentwickelte deutsche Wirtschaft noch auf lange hinaus sich nicht auf einen mit eigenen Mitteln arbeitenden Geldmarkt stützen können wird, sondern auf die Zufuhr ausländischen Kapitals angewiesen bleibt.

Weitweit übrigens die Erhöhung der Zinssätze sich bezüglich der Heranziehung langfristiger Auslandsgelder auswirkt, steht noch nicht fest, obwohl nun der deutsche Bankfuß 1 1/2 Proz. über dem englischen und 2 Proz. über dem amerikanischen liegt, denn das Emissionsgeschäft in Amerika, dem Geldgeber der Welt, steht augenblicklich unter dem Zeichen ausgesprochener Stokung. Der Grund ist der, daß der Markt stark überlastet ist, so daß selbst die Unterbringung amerikanischer, allerdings verhältnismäßig gering verzinsten Anlagen, darunter leidet. Auch sonst dürften die Wirkungen einer deutschen Diskonterhöhung auf die internationalen Kreditmärkte nicht die gleichen sein, wie in der Vorkriegszeit, da die Reichsbank noch immer um ihre internationale Anerkennung kämpfen muß und es weiter Bemühungen bei der Umwandlung von Pfund- und Dollar-krediten in Mark gibt, die ein Profitieren infolge des Zinsunterschiedes erschweren.

In nächster Zeit muß sich unter der Diskonterhöhung zweierlei zeigen, einmal, ob tatsächlich starke und gesunde Grundlagen des gegenwärtigen Aufschwungs der Konjunktur vorhanden sind, dann, ob langfristige Anleihen in hinreichender Menge nach Deutschland gelangen, um weitere Devisenabflüsse zu verhindern.

Der nun für die letzten neun Monate vorliegende Zwischenbericht des Reparationsagenten geht leider wiederum auf den Kernpunkt der deutschen Schwierigkeiten nicht ein, der sich aus den eben dargelegten Zusammenhängen ergibt. Er stellt nur fest, daß der Dawesplan in der Berichtszeit normal gearbeitet hat, und behauptet, daß allgemeine Schlussfolgerungen aus den Ereignissen der Berichtsmomente nur wenig zu ziehen seien. Ein Schulbeispiel, wie um das eigentliche Problem herumgegangen wird, sind die Bemerkungen zur Gestaltung der deutschen Handelsbilanz.

Es wird im Hinblick auf den großen Umfang der Einfuhr ohne entsprechende Ausfuhrsteigerung, die Frage aufgeworfen, ob sich Deutschland im Innern

nicht überentwickelt habe, ohne seine Fähigkeit zu steigern, in wirksamen Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu treten; aber es wird — nach den vorliegenden Auszügen — nichts davon gesagt, daß vor allem die Wirtschaftspolitik des Auslands und die überall aufgerichteten Zollschranken, die Steigerung der deutschen Ausfuhr so gut wie unmöglich machen. Dabei hat sich die Genfer Weltwirtschaftskonferenz doch ausgiebig und in größter Öffentlichkeit gerade mit diesem Problem beschäftigt, das zwar alle Länder, aber vor allem das durch die Reparationsbeiträge belastete Deutschland betrifft. In der Vorkriegszeit, als die Verhältnisse unendlich günstiger lagen, hatte Deutschland ja auch eine passive Handelsbilanz. Wir sind eben auf die Einfuhr fast aller wichtigen Rohstoffe, mit Ausnahme der Kohlen, in größerem Umfang angewiesen, und sind es heute mehr als je. Aber damals hatten wir durch unsere im Ausland arbeitenden und nun weggenommenen Kapitalien und Unternehmungen eine aktivere Zahlungsbilanz. Es ist allerdings leicht, die Passivität der so schwer belasteten deutschen Wirtschaft von heute zu tabeln, ohne die Voraussetzungen in Rechnung zu stellen, die offensichtlich die heutige schwierige Lage bedingen. So macht der Reparationsagent direkt gegen Deutschland und gegen eine Revision des Dawesplans Stimmung, er scheint sich dabei auch nicht, eine sehr ansehnliche Kritik an der deutschen Steuererhebung zu üben, die ihm noch nicht unparteiisch genug ist und deshalb angeblich die Leistungsfähigkeit der deutschen Steuerzahler für Reparationszwecke nicht voll ausnutzt.

Auch der Reparationsagent erklärt übrigens, ebenso wie der Reichsbankpräsident, die deutsche Währung für vollständig gesichert. Er weist auf die weitgehenden Mittel der deutschen Reichsbank als Wächterin der Währung hin. Bei weiterer Verringerung der Deckungsmittel an Gold und Devisen muß aber der Notenumlauf eingeschränkt werden, dann wird die Reichsbank weniger an stabilen Reichsbanknoten der Wirtschaft zuführen können. Auch die Diskonterhöhung wirkt in dieser Richtung, was natürlich je nach dem Grade dieser Einschränkung unangünstige Folgen für die Entwicklung der Wirtschaftskonjunktur mit sich bringen muß.

Mehrfach wurde in der letzten Zeit von französischen Blättern gemeldet, daß in der Schweiz sich nun mehr Interesse als bisher für den französischerseits geplanten Rheinseitenkanal Straßburg—Basel zeige. Bekanntlich ist deutscherseits und ebenso auf Seiten der Schweiz die Rheinregulierung (Niederwasserregulierung) auf dieser Seite befürwortet worden, weil sie einmal mit erheblichen geringeren Kosten und in viel kürzerer Zeit auszuführen ist, eine Reihe von schweren Schädigungen und Gefahren, die man auch im Elsaß vom Rheinseitenkanal befürchtet, vermieden werden, u. schließlich die freie Schifffahrt auf dem Rhein gerade für die Schweiz besonders wichtig sein muß. Die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt hat seinerzeit beide Projekte genehmigt, doch hat man in der Schweiz, wo man sehr real denkt, schon aus dem einen Grund an der Rheinregulierung festgehalten, weil man weiß, daß, will man auf den außerordentlich hohe Kosten erfordernden Rheinseitenkanal warten, die dringend notwendige Verbesserung der Schifffahrtsrinne bis Basel, die ja bis jetzt nur zeitweise im Jahr für Großschifffahrt benutzt werden kann, noch auf lange Zeit hinaus nicht kommen könnte. Bei den französischen Meldungen wird wohl in der Hauptsache der Wunsch der Vater des Gedankens sein, und man verpricht der Schweiz alle möglichen Vorteile, vor allem die Verbindung Basels mit dem Rhein-Rhônekanal durch den Seitentanal, völlige Gleichstellung des Baseler Verkehrs mit dem französischen usw.

Auf der kürzlich in Bregenz abgehaltenen Tagung des Rheinschifffahrtsverbandes Konstanz wurde übrigens von dem Präsidenten des Nordostschweizerischen Verbandes für Schifffahrt erklärt, daß die Schweiz ihre Ansichten über die vorgesehene Projekte nicht geändert habe. Dieser Tage sprach sich auch der Verband der Interessenten an der schweizerischen Rheinschifffahrt in seiner in Basel abgehaltenen Generalversammlung für die große Dringlichkeit der Rheinregulierung aus, die zunächst und noch vor der erheblich komplizierteren und kostspieligeren Oberberntredde Basel—Bodensee in Angriff genommen werden müsse.

Neuwahlen in Jugoslawien. Aus Belgrad kommt die Meldung über die Auflösung der Stupschina und die Anebenennung von Neuwahlen am 11. September.

Die Situation in Genf

Vertagung der Besatzungsfrage

Wie der Sonderberichterstatter des W.V. aus Genf meldet, hat die Adresse Briand, die außerordentlich beschleunigt und infolge einer sehr schmerzhaften Erkrankung der Sitzung, die Absicht zunächst gemacht, heute zwischen den Besatzungsmächten und Deutschland über die sie untereinander interessierenden Spezialfragen Verhandlungen zu führen. Das ist um so bedauerlicher, als verschiedene unzutreffende Kombinationen aufgetaucht sind, die sich an das Komunique über die Ratstagung vom Mittwoch knüpfen. So können wir z. B. feststellen, daß die Frage der Polizei nicht etwa neu und als ein Differenzpunkt aufgetaucht ist, sondern daß es sich dabei um eine ganz knappe, nur wenige Minuten andauernde Aussprache darüber handelte, wie es gekommen ist, daß die deutschen Verpflichtungen zur gesetzgeberischen Regelung dieser und anderer Fragen noch nicht erfüllt sind. Die Frage ist im wesentlichen erledigt durch die am Mittwoch erfolgte Annahme des einschlägigen Beschlusses im Ausschuss des Vorkriegslandes. Preußen ist freilich das erste Land, das die Regelung dieser Frage vornimmt, deren Verzögerung auf Differenzen der Länder untereinander beruht.

Außerdem ist freilich auch die gewollte Bedeutung des Textes bei dem fraglichen Komunique mißverstanden worden. Die friedenserhaltende Wirkung der Locarnopolitik war mehr auf eine gewisse Fühlungnahme in bezug auf die Ereignisse in der Welt außerhalb Deutschlands als auf die unsere Öffentlichkeit beschäftigenden und hieran gemessenen kleineren Fragen angewandt. Jedenfalls kann gegenüber den Befürchtungen einzelner Blätter von einer Frontstimmung oder auch nur von einer Überbürdung zu einer solchen gegenüber Rußland nicht die Rede sein, und keine dahingehende Absicht, kein Bestreben, einer anderen Macht die durch ihre besonderen Interessen gebotene Stellungnahme oder Dritten auszuoltropieren, ist in den vertraulichen Besprechungen wahrgenommen worden. Daß man einige kritische Bemerkungen über die Wirksamkeit der Dritten Internationale ausgetauscht hat, versteht sich am Rande. In unserer Kritik an Ost und West sind wir auch wie bisher nicht gehindert.

Die Ratstagung dürfte heute zu Ende gehen, nachdem die schwierige rumänisch-ungarische Frage der Vertagung verfallen ist. Der wichtigste Beratungsgegenstand für heute ist die Frage der Westerpunkte, die juristische und sachliche Seiten aufweist. Es wird vermutlich zu weiteren Vorschlägen Danzigs kommen. Es wurde außerhalb des Rates darüber verhandelt, ob nicht die Vertreter anderer Länder vor allem mit Rücksicht auf die notwendige juristische Auseinandersetzung über die Exterritorialität zugezogen werden sollen. In diesem Falle würde morgen ein dahingehender Vorschlag des Berichterstatters und damit eine Vertagung der ganzen Angelegenheit bis zum Herbst erfolgen.

Fortsetzung der Politik von Locarno

Die sechs Mächte, die sich schon am Dienstag zu einer Konferenz vereinigt hatten, haben Mittwoch nachmittag in Genf ihre Beratungen fortgesetzt. Abends wurde folgendes französisches Komunique ausgegeben: In Fortsetzung der Arbeiten der letzten Konferenz vom 1. Dezember haben die Mitglieder der Konferenz die in der Schweiz gebildeten Fragen geprüft, sie haben festgestellt, wie weit einige von ihnen erfüllt worden sind, und für die anderen die Maßnahmen angenommen, welche Gewähr geben für ihre Durchführung in kürzester Zeit.

Die Mitglieder der Konferenz haben erneut ihren einmütigen Willen festgestellt, die Politik von Locarno fortzusetzen, die bereits bedeutende Resultate im Interesse des Friedens erzeugt hat und weiterhin erzeugen wird. Der erste Absatz befaßt sich offenbar mit der Frage der Ostbesetzungen und will wohl besagen, daß ein Ausweg gefunden worden ist, auf dem den Wünschen der anderen in bezug auf Feststellung der vorgenommenen Schließungen begegnet werden kann. Der zweite Teil des Komminiqués gibt wohl Hinweise in bezug auf die Wünsche Deutschlands nach einer Reduktion der Stärke der Besatzungstruppen. Leider läßt er aber nicht erkennen, ob Briand in der Lage ist, Deutschland sofort Zugeständnisse entgegenzubringen. Wahrscheinlich mußte sich Herr Stresemann abermals mit Besprechungen begnügen.

Der französische Außenminister Briand hat infolge einer schmerzhaften Erkrankung (Gürtelrose) die Rückreise nach Paris angetreten.

Deutschland und die Mandatskommission

Im Verlaufe der Beheimlichung des Völkerbundsrats am Donnerstag richtete der Generalsekretär des Völkerbunds an den Rat eine durch Budgetinteressen veranlaßte Anfrage, wie er sich zur Ernennung eines deutschen Mitglieds für die Mandatskommission stelle, die als möglich im Budget für 1927 vorgesehen sei. Der Rat hat beschlossen, die Anfrage der Mandatskommission zur Auferung zuzuleiten. Nach dem Verlaufe dieser Besprechung, der aus den Formalien des Beschlusses nicht ersichtlich ist, handelt es sich bei der Überweisung der Anfrage an die Mandatskommission um einen Höflichkeitsakt dieser gegenüber. An einer Erledigung im Sinne der deutschen Auffassung dürfte nach der einmütigen Stellungnahme der Ratsmitglieder nicht zu zweifeln sein.

Die Ratssitzungen vom Mittwoch u. Donnerstag

Die Ratssitzung am Mittwoch war nicht unerheblich durch die Mitwirkung Deutschlands bestimmt, denn einmal konnte in bezug auf den Bericht über die Vorbereitende Vorkriegskonferenz der Reichsaussenminister zu einer grundsätzlichen, bedeutungsvollen, wenn auch knappen und der Form nach nicht zugehörigen Erklärung das Wort nehmen, und sodann konnte er nach Vereinerung der memelländischen Streitfrage

für Deutschland zum erstenmal in Verteidigung der Interessen eines deutschen Volksteiles außerhalb der Reichsgrenze gegenüber einer Rechtsverletzung durch einen fremden Machthaber einen gewissen Erfolg verbuchen, wobei allerdings die Frage offen bleibt, wie das mit Versprechungen immer freigebige Litauen diese Versprechungen halten wird. Eine amtliche Meldung besagt, daß Deutschland das rein formell durchaus nicht eine eigene Sache vertrat, sondern im Völkerbund fungierte, seinerseits keine Veranlassung hatte, den litauischen Schritt zu irgendeinem moralischen Triumph über Litauen auszubilden. Es könne nicht ausbleiben, daß diese Erledigung, mit der die Vertreter Memels im Hinblick auf ihre eigenen Bestrebungen, nach diesem Einvernehmen mit Litauen vollkommen zufrieden seien, auch auf die Wiederherstellung eines freundlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Litauen abfärben müsse, was sich zunächst in bezug auf die Handelsvertragsverhandlungen geltend machen werde.

Die Memelfrage vor dem Völkerbund

Zur Memelfrage gab am Mittwoch im Völkerbundsrat der litauische Ministerpräsident Wolbemas eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die Wahlen für den Landtag spätestens gegen September 1927 stattfinden. Die Hauptschwierigkeit, die die Wahlen verzögert hatte, ist glücklich überwunden. Hinsichtlich der Autonomie des Memelgebietes, wie sie im Statut festgesetzt sei, sei die litauische Regierung fest entschlossen, alles, was an ihr liegt, zu tun, damit die Autonomie wirksam werde und sich bezüglich Wählerchaft, Zusammensetzung des Landtages und Bildung des Direktoriums auf demokratischer Grundlage entwickle.

Darauf erklärte der deutsche Außenminister Dr. Stresemann u. a.: Angesichts dieser Erklärung glaube ich, meinerseits auf der jetzigen Ratssitzung darauf verzichten zu können, daß die Angelegenheit weiter behandelt wird. Ich hoffe, daß durch die in Aussicht gestellten Maßnahmen der litauischen Regierung mit größter Beschleunigung im Memelgebiet derjenige Zustand sichergestellt wird, der dem Statut entspricht.

Der Ratsvorsitzende Chamberlain erklärte zum Schluß, der Rat nimmt mit Freuden Kenntnis von der Erklärung des litauischen Ministerpräsidenten. Er beglückwünscht ihn zu dem Entschluß, der den Rat der Notwendigkeit enthebt, die vorliegende Frage zu behandeln und hofft, daß die Herstellung normaler Verhältnisse im Memelgebiet für alle Zukunft die Behandlung dieses Problems erübrigt.

Die Abrüstungsfrage

Venesch erklärte in der Sitzung des weiteren Bericht über einen Brief des Präsidenten der Vorbereitenden Abrüstungskommission, in dem dieser davon Mitteilung macht, daß die Kommission die bisher aufgesetzten Texte in einer späteren zweiten Lesung behandeln möchte. Paul Boncour, der als Vertreter in der Abrüstungskommission den Sitz des französischen Ratsdelegierten inne hatte, fühlte sich veranlaßt, die bisherigen Resultate der Abrüstungsarbeiten zu preisen. Sein Loblied fand aber durch Stresemann in einer in englischer Sprache verlesenen Erklärung kräftige Widerlegung. Der deutsche Außenminister stellte fest, daß das, was bisher geleistet worden ist, absolut ungenügend sei und daß eine radikale Änderung eintreten müsse. Es handle sich um eine der wichtigsten Arbeiten des Völkerbundes, also um seine Existenz. Stresemann sprach die Erwartung aus, daß die Völkerbundsversammlung im Monat September der Frage einen kräftigen Anstoß geben werde und kündigte damit Deutschlands Abicht an, in diesem Sinne auf der bevorstehenden Versammlung zu wirken.

Die Ausführungen des deutschen Vertreters fanden Unterstützung durch eine kurze Rede Vandervelde, der ausdrückte, daß die Welt nur eine Alternative habe; diese laute: Abrüstung oder Rückkehr zum Weltkrieg.

Die Sitzung am Donnerstag wurde durch einen Appell des norwegischen Delegierten Ranken zu Gunsten der notleidenden armenischen Flüchtlinge eingeleitet. Dr. Stresemann stellte für Deutschland Beihilfe in Aussicht, aber Chamberlain hatte birotarische Bedenken. Die Angelegenheit ist heute zum Abschluß kommen.

Der wichtigste Programmpunkt war am Donnerstag der Bericht des deutschen Ratsmitgliedes über

die Wirtschaftskonferenz.

Stresemann nannte die Konferenz eine der wichtigsten und fruchtbarsten Konferenzen, die bisher vom Völkerbund einberufen worden sind. Der von ihm in seiner amtlichen Funktion als Ratsberichterstatter gemachte Vorschlag ging dahin, die Diskussion des Problems bis zum September zu vertagen, also bis zu der Zusammenkunft des Rates, die gleichzeitig mit der Tagung der Versammlung stattfinden wird. Stresemanns Ausführungen fanden auch am Donnerstag bei Vandervelde starke Unterstützung, der mitteilte, daß

sich die belgische Regierung durch förmlichen Kabinettsbeschluß bereits rückhaltlos hinter die Resolution der Wirtschaftskonferenz gestellt habe. Auch Venesch fand warme Worte der Anerkennung für die Leistungen der Konferenz und versprach die tschechische Mitarbeit.

Dann sprach noch einmal Stresemann, und zwar diesmal als Vertreter Deutschlands. Die deutsche Regierung habe die Empfehlungen der Wirtschaftskonferenz im Prinzip vorbehaltlos gebilligt. Die von dem Reichsminister kürzlich gefasste entsprechende Entschickung kam durch ihn zur Verlesung.

In der Nachmittagsitzung wurde eine von Dr. Stresemann vorgeschlagene Resolution über die Weltwirtschaftskonferenz mit einer von Chamberlain vorgeschlagenen Änderung angenommen.

Um die Postgebühren

Der Reichstag hat am Mittwoch mit knapper Mehrheit einem sozialdemokratischen Antrag zugestimmt, der die Zurückziehung der Postgebührenvorlage im Verwaltungsrat verlangt. Die Linke erhielt hierbei wohl auch Zugang aus den Reihen der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Völkischen. Die Annahme des sozialdemokratischen Antrages besagt allerdings nicht, daß die Vorlage nun ohne weiteres im Verwaltungsrat der Reichspost zurückgezogen wird. Denn nach der rechtlichen Konstruktion der Reichspost, die im Reichsfinanzgesetz niedergelegt ist, sind solche Beschlüsse des Reichstages für den Verwaltungsrat nicht verbindlich, da nach dem Reichsfinanzgesetz die Festsetzung der Gebühren und Tarife der Kompetenz des Parlaments entgegen ist. Da der Minister dem Reichstag gegenüber die Verantwortung für die Beschlüsse des Verwaltungsrates zu tragen hat, muß er es sich aber doch überlegen, ob er den Beschluß des Reichstages ignorieren will.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost wird sich am heutigen Freitag mit der Vorlage über die Gebührenordnung zu befassen haben. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Raschig beabsichtigt, einen Antrag auf Vertagung der Vorlage und erneute Prüfung der Angelegenheit zu stellen. Auch Preußen wird voraussichtlich einen solchen Antrag stellen. Der Verwaltungsrat setzt sich aus 40 Mitgliedern zusammen. Von den zehn Mitgliedern des Reichstags werden voraussichtlich fünf für, fünf gegen einen Vertagungsantrag stimmen, von den zehn Mitgliedern des Reichstags dürften einige ebenfalls für diesen Antrag zu haben sein, da einige Länder sich bereits gegen eine Portoerhöhung ausgesprochen haben. Für den Fall, daß der Vertagungsantrag angenommen werden sollte — was jedoch durchaus nicht sicher ist — und der Reichspostminister sich damit nicht einverstanden erklärt, kann die Regierung auf Antrag des Reichspostministers die Gebührenordnung laut § 6 des Reichspostgesetzes durchsetzen. In diesem Fall aber kann die Entscheidung der Reichsregierung aufgehoben werden, wenn Reichsrat und Reichstag dies binnen drei Monaten durch übereinstimmende Beschlüsse fordern.

Deutscher Reichstag

W.D.V. Berlin, 15. Juni.

Von den Völkischen und mehreren deutschnationalen Abgeordneten ist ein Antrag eingegangen, der die Einstellung des Strafverfahrens gegen den völkischen Abg. Henning fordert. Der Antrag wird gegen Sozialdemokraten und einige Delegierten dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Ohne Aussprache werden dann in allen drei Lesungen genehmigt: das deutsch-französische Abkommen über die Grenzabzäunung, der deutsch-bolivianische Freundschafts- und Handelsvertrag und das deutsch-lettlandische Sanitätsabkommen. Die Rechnungsübersichten für 1924-1927 werden dem Rechnungsprüfungsausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht dann eine demokratische Interpellation und ein kommunistischer Antrag, die sich gegen die geplante Portoerhöhung

richten, außerdem ein aus dem gleichen Anlaß gegen Reichspostminister Dr. Schädel gerichtetes Mißtrauensvotum.

Abg. Förgler (Komm.) begründet den kommunistischen Antrag. Minister Dr. Schädel wolle jetzt aus der Post eine Profitanstalt machen.

Abg. Dr. Raschig (Dem.) weist darauf hin, daß der Reichstag in Fragen der Portoerhöhung nicht zuständig sei. Die Frage greife aber so tief in das Wirtschaftsleben ein, daß ein einseitiges Veto des Reichstages auch der Postminister und der Verwaltungsrat nicht vorbeugehen könnten. Das englische Porto sei nicht höher als das deutsche. In den Vereinigten Staaten koste der Brief nur 84 Cent (Sört, hört!), obwohl dort Löhne und Preise viel höher seien als bei uns.

Abg. Taubadel (Soz.) erklärt, der Verwaltungsrat der Reichspost sollte sich scheuen, gegen den Willen großer Reichs-

tagsparteien die neue schwere Belastung vorzunehmen. Wenn man den Weg der Auslandsanleihe gehe und die vorhandenen Reserven heranziehe, wäre eine Erhöhung der Postgebühren schon vom 1. April 1927 rückwirkend durchzuführen. Der wesentliche Grund für die Gebührenerhöhung sei zweifellos, daß man das Loch im Reichsfiskus stopfen wolle, das durch die finanzielle Mißwirtschaft unter Führung der Deutschnationalen entstanden sei.

Reichspostminister Dr. Schädel: Ich habe im Reichstag die Finanzlage der Reichspost wiederholt als gesund, aber gespannt dargestellt. Mit der bloßen Anleihepolitik komme man nicht weiter. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß das 10 Pf.-Porto den gegenwärtigen Geldverhältnissen nicht mehr entspreche und nur einen Wert von 5-6 Pf. darstelle, der den von der Post aufgewendeten Kosten nicht entspreche. Die Finanzlage der Post hat sich inzwischen verschärft. Eine Auslandsanleihe halte ich wegen der Gefahr der Überfremdung des Reichsvermögens für national bedenklich. Durch Verbesserungen in der Zustellung und technische Verbesserungen anderer Art entstanden Mehrausgaben von 270 Millionen Reichsmark, dazu durch die Erhöhung der Beamtenbezahlung, deren Zeitpunkt noch nicht festgesetzt ist, die aber voraussichtlich noch in diesem Jahre in Aussicht genommen ist (Rufe links: „voraussichtlich“), 160 Millionen Mehrausgaben, im ganzen also 430 Millionen Reichsmark. Durch die Gebührenerhöhungen in der vom Verwaltungsrat gemilderten Form werden nur 200 Millionen Reichsmark erzielt, so daß noch 230 Millionen durch andere Maßnahmen gedeckt werden müssen. Wenn die Post nach der Stabilisierung beim 10 Pf.-Porto blieb, so hat sie damit wesentlich zur Sicherung der Währung beigetragen, wofür ihr leider niemals Anerkennung gezollt worden ist. Diese Entlastung der Wirtschaft hat die Reichspost in der unangünstigen finanziellen Lage hineingebracht. Das Gespenst der Inflation braucht wegen der Gebührenerhöhung nicht heraufbeschworen zu werden. Die Reichspost hat im Personalabbau mit 25 Proz. die Geschleiftleistung unter allen Verwaltungen erreicht. Ich kann auch versichern, daß wir den erteilten Willen haben, eine Reform der Fernspreckgebühren im Sinne einer Entlastung der Wirtschaft durchzuführen.

Abg. Leicht (Bayer. Vpt.) gibt für sämtliche Regierungsparteien eine Erklärung ab, in der betont wird, daß nach dem Reichspostgesetz der Reichstag für Fragen der Portoerhöhung unzuständig sei. Darum würden die Regierungsparteien die gestellten Anträge ablehnen, obwohl sie nicht die schwere Belastung verurteilen, die der Reichspost durch die Portoerhöhung zugefügt werde. Im übrigen begen die Regierungsparteien die Erwartung, daß baldigst eine Reform der Fernspreckgebühren mit einer Entlastung der Wirtschaft durchgeführt werden.

Abg. Mollath (W. Vpt.): Die Portoerhöhung wirkt auf einen großen Teil der Wirtschaft geradezu katastrophal. Viele wichtige Fachzeitschriften des Handwerks würden bei der Portoerhöhung ihr Erscheinen aufgeben müssen. Der deutsche Mittelstand sei nicht in der Lage, die neuen schweren Lasten zu tragen.

Abg. Dietrich-Franken (Nat.-Soz.) weist darauf hin, daß Organe der Regierungsparteien sich scharf gegen die Portoerhöhung wenden, während diese Parteien selbst dem Minister Beistand leisten.

Abg. Henning (Völk.) spricht sich gleichfalls gegen die Portoerhöhung aus. Dem Mißtrauensantrag gegen den Minister würden die Völkischen nicht zustimmen, denn die Schuld treffe nicht den Minister allein, sondern das ganze Kabinett.

Reichspostminister Dr. Schädel beantwortet eine Frage des Abg. Dietrich-Franken: von dem Plan, die Reichspost zu Reparationsleistungen heranzuziehen, ist weder mir, noch einem anderen Mitglied des Reichstages irgend etwas bekannt. Es besteht auch auf Regierungsseite keine derartige Absicht. Damit schließt die Aussprache.

Nach einem Schlußwort des Abg. Förgler (Komm.) wird im Hammersprung der sozialdemokratische Antrag auf Zurückziehung der Portoerhöhungsvorlage mit 175 gegen 171 Stimmen angenommen. — Das Ergebnis der Abstimmung wird von den Oppositionsparteien mit lauten Kundgebungen begrüßt.

In namentlicher Abstimmung wird das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichspostminister mit 327 gegen 35 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Für den kommunistischen Antrag stimmen nur die Kommunisten. Die Sozialdemokraten lehnen den Antrag ab. Der Stimme enthalten sich die Völkischen, während die Nationalsozialisten gegen den Antrag stimmen.

Das Hans verlegt sich hierauf um 10 1/2 Uhr auf Freitag, den 17. Juni, nachmittags 15 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen das Reichshandelskammergesetz, das Kriegesgerätegesetz, die Novelle zur Vätererbeordnung und kleinere Vorlagen.

Badisches Landestheater

Schlud und Jau

Ein romantisches Scherzspiel in sechs Vorgängen von Gerhart Hauptmann. — Musik von Max Marschall. — In Szene gesetzt von Felix Baumbach.

I.
Zur literargeschichtlichen Wertung des Stückes sei es mir gestattet, die einschlägige Stelle in meiner Geschichte des deutschen Lustspiels anzuführen:

„Ein Jahr vor dem „Noten Sahn“ folgte Gerhart Hauptmann Shakespeares Spuren, um ein Lustspiel zu schaffen (1900). Wenigstens fest er die Schlusssätze des Vorspiels von „Der Widerspenstigen Zähmung“ seiner eigenen Komödie „Schlud und Jau“ (1900) voraus. Vielleicht hatte der Dichter auch Kenntnis von Gustav zu Putzky (1821-1890) amantiger Märchentomödie „Der verwunschene Prinz“. Im Inhalt folgt er einem vierten großen Lustspieldichter, dem Dänen Ludwig Holberg, aber mit shakespeareischer Sprachkunst. Das uralte Thema der Weltliteratur ist hier gestaltet: wie ein betrunkenener Bauer im Kaufsch in ein Schloß gebracht wird, um den nächsten Tag dort in der Kaufschung, er sei der Fürst; gehalten zu werden. Also eine umgekehrte Welt, worin wiederum die Komik von Sein und Schein erprobt wird. Die Traumwelt des zum Fürsten erhobenen löpischen Bauern wird im Laufe des Spiels selbst zur Wirklichkeit, so daß der wahre Fürst sich von seinen eigenen Dienern misachtet und von dem Scheinfürsten gar bedroht fühlt. Das Stück traukt allerdings daran, daß Hauptmann diesen Konflikt nur mit äußerlichen Mitteln löst, um die zu mächtig werdende Traumwelt des Bauern wieder unter das Gesetz, die Ordnung der Wirklichkeit zu beugen.

Der Dichter nennt es ein Scherzspiel in sechs Vorgängen, einer unbesorgten Laune Kind“. Trotz dieser vorangestellten autoritativen Warnung will uns heute ein tieferer Sinn daraus ansprechen. Wir empfinden es als eine künstlerische Darstellung des Wirklichkeitsproblems im Sinne des Naturwissenschaftlers Ernst Mach. Wie für dessen relativistische Erkenntnistheorie, die den Dingbegriff nur als Hilfskonstruktion gelten läßt zur Feststellung der Eindrucks-

relationen, das Wirkliche nur Sinnesempfindung ist, so fragt auch der Raisonneur bei Hauptmann: „Sind wir wohl mehr als nackte Späßen? — Das, was wir wirklich sind, ist wenig mehr, als was er wirklich ist: — und unser bestes Glück sind Eisenblasen“. Wenn es kein Ding-an-sich mehr gibt und der Schein das Sein, die Erscheinung das Wirkliche ist, dann gibt es auch kein Ich und Du mehr, sondern nur Empfindungs-komplexe, die irgendetwas machen Spaß angeheftet werden können. Wie Balzel in solchem Zusammenhang schreibt: „Der Relativismus erlebte den Glauben des naiven Realisten, daß die Sinne ein reflexlos Erfassen der Dinge ermöglichen, daß Wahrnehmungsinhalt und Objekt schlechthin zusammenfallen“. Auch das Ergebnis von „Schlud und Jau“ ist ein Ignorabimus. „Es kommt alles auf eens raus“. Damit hat Hauptmann selbst den Trennungsschritt gegogen gegenüber seiner naturalistischen Frühzeit, die noch optimistisch genug alle Mittel der Beobachtung schärfte, um das Wesen selbst der Dinge zu fassen.

Die holdjüngliche Geliebte des Fürsten mit dem noch holdseligeren Namen Sidseil aus der altbänischen Ballade schwebt — etwas zu schemenhaft — durch das Stück wie ein wunderbarer Pfau, dessen mähender Schrei nicht geglaubt wird. Der ihr am nächsten steht, der Fürst, kennt sie also nicht wie sie ist, sondern nur gemäß seinen Empfindungen von ihr; ja sie selbst erkennt ihre eigene Silhouette nicht. Alles lebt in einer Scheinwelt, es ist im Grunde gleichgültig, ob der Schein wechelt; dem Diener ist jetzt Jau eben der Herr wie gestern Jau.

„Reid bleibt doch Reid!
Ein wenig sadenscheiniger ist das seine,
doch ihm gerecht und auf den Leib gepaßt.
Und da es von dem gleichen Zeuge ist
wie Träume — feins so gut wie unfres, Jon! —
und wir den Dingen, die uns hier umgeben,
nicht näherstehn als eben Träumen,
nicht näher also wie der Fremdling Jau —
so rettet er aus unfrem Tröbler-Himmel
viel weniger nicht als wir, in sein Reich
der Niedrigkeit.“

Aus diesen Worten löst Shakespeares Melancholie mitten in der tollen Fosse der Rüpel Jau und Schlud. Gerhart

Hauptmann hat die Bauernfigur des alten Märchenthemas verdoppelt, aus dem Schafepareich den Schlan einen Schlud und einen Jau, getreu den auf seiner geliebten Ostseefinsel Sidseil vorkommenden Familiennamen, gemacht und diese beiden Rüpelfiguren als harten maskulinen Jau und weichen femininen Schlud kontrastiert. Zu ist ein brutaler Kraftkerl, der seine Scheinweltung sofort zu rohen Gewalttätigkeiten braucht und, wie er das Hof bändig und den Hirschfänger handhabt, den lachenden Herren wohl auch das Jittern beibringen könnte, aber seiner Ehz, Trunt- und Geschlechtslust rauch erliegt. Ihm gegenüber steht der gute, brave Schlud, der in seiner tapfren Schlichtheit, drölligen, verprügelten Rudelnatur zu Hauptmanns Meister-schöpfungen zählt. Aber dadurch, daß Hauptmanns in Mitleid schwingende Seele in der Gestalt des Schlud Partei ergreift gegen die Herrschenden, wird der Humor ins Tragische gewendet, so daß wir stellenweise peinlich die Dissonanz fühlen und damit die Einseitigkeit des Scherzspiels selbst schmerzlich als gebrochen empfinden. Für die Erkenntnis des Dichters entnehmen wir daraus, daß er zu tief in der leidvollen Welt verwurzelt ist, als daß er sich dauernd in das losgelöste heitere Reich phantastischen Humors und sorgloser Laune emporgeschwingen vermöchte. Aber andererseits gibt doch auch diese erdhafte Verwurzelung den Ausgeburteten spielerischer Phantastie so viel des Menschlichen, daß das Scherzspiel eine Wärme durchweht, die ihm unsere Anteilnahme dauernd sichert. Der dramatische Bau ist hier noch lockerer als in des Dichters anderen Stücken. Hier tritt Balzels Erkenntnis besonders offensichtlich zutage, daß Hauptmann das Seelische sein Werden und sein Ergebnis wichtiger findet als jeder Versuch, eine dramatische Form von strengen Linien zu verwirklichen.“

II.
Felix Baumbach hat dieses besinnliche Lustspiel mehr im Sinne der vom Dichter gewählten Bezeichnung „einer unbesorgten Laune Kind“ inszeniert und dadurch trotz gelegentlicher Längen eine sympathisch-freundliche Aufnahme erzielt. Doch fehlte die von melandolisch gefärbtem Humor bestimmte shakespeareische Lustspielatmosphäre, da das possenhafte-naturalistische Element nicht genug von den romantischen Stimmungsfarben überdeckt wurde. Hier konnten ihm auch

Politische Neuigkeiten

Um die Zölle

Die Führer und Parteimitglieder der Regierungsparteien hatten am Donnerstag im Reichstag eine Besprechung über die Regelung der Zollfrage, in der bis zum 31. Juli eine Entscheidung getroffen werden muß. Die Konferenz hat jedoch noch keinerlei Ergebnis erzielt. Es ist weder eine Einigung über eine Grundlage eines Ausgleichs erzielt worden, geschweige denn eine Annäherung hinsichtlich der einzelnen von den Parteien geforderten Zollerhöhungen. Die Deutschnationalen wollen bei der Verlängerung der Zolltarifnovelle den Kartoffelzoll auf 2 RM bringen, den Zuderzoll von 10 RM auf 15 RM erhöhen und außerdem das zollfreie Gefrierfleischkontingent beseitigen.

Zur Frage der Erhöhung des Kartoffelzollens schreibt die „Tägl. Rundschau“: Von den in Deutschland eingeführten rund 400 000 Tonnen Kartoffeln entfallen 360 000 Tonnen auf Frühkartoffeln, die einem besonderen Zoll unterliegen, der nicht geändert werden soll. Die Zollerhöhung bezieht sich also nur auf den Rest von 40 000 Tonnen. Man wird der Ansicht sein, so führt das Blatt aus, daß der Kartoffelpreis nicht davon abhängt, ob man diese 40 000 Tonnen mit einem Zoll von 40 RM oder mit 1 RM pro Doppelzentner belegt. Von diesem Gesichtspunkt aus scheint die Erhöhung des Kartoffelzollens keine dringende Gegenwartsfrage zu sein. In den interfraktionellen Besprechungen traten die Deutschnationalen für eine Erhöhung ein, während das Zentrum eine Erhöhung ablehnt. Die Deutsche Volkspartei hat keinen verbindlichen Beschluß gefaßt.

Deutschland und die Weltwirtschaftskonferenz

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags, der Ausschuss für Volkswirtschaft und der Ausschuss für Handelspolitik traten heute Freitag vormittag im Reichstag zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um den Bericht über den Verlauf und das Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz entgegenzunehmen. An der Sitzung nahm auch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius teil. Sofort nach Eröffnung der Sitzung ergriß Abg. Lammer, der Führer der deutschen Delegation bei der Weltwirtschaftskonferenz in Genf, das Wort zu seinem Bericht.

Tschitscherin beim Reichkanzler

Reichkanzler Dr. Marx empfing am Donnerstag den russischen Volkswirtschaftsminister Tschitscherin, der ihm vor seiner Abreise nach Rußland einen Besuch abstattete.

Wie die Berliner Blätter melden, ist der Aufenthalt Tschitscherins in Berlin in den letzten Tagen von der deutschen Regierung zu einer informativem Fühlungsnahme benutzt worden, wobei u. a. der ebenfalls in Berlin anwesende deutsche Vizepräsident in Moskau Graf Brodorski-Rantzau Tschitscherin über die Eindrücke der deutschen Delegation bei den Genfer Beratungen unterrichtete. Es sei darauf hingewiesen worden, welche Bedenken bei den europäischen Mächten gegen die bolschewistische Auslandspropaganda bestehen. Ferner sei Tschitscherin davon informiert worden, welchen Eindruck die Erschießung politischer Gefangener auf die in Genf versammelten Vertreter der Mächte gemacht habe und welchen Eindruck es machen würde, wenn der ultimative Druck der Sowjetregierung den russisch-polnischen Konflikt weiter verschärfen sollte. Diese Informationen sind, wie es im „Votanzalger“ heißt, lediglich als ein freundschaftlicher Akt der deutschen Regierung aufzufassen, nicht aber als eine besondere Aktion, bei der etwa Deutschland den Sprecher der in Genf versammelten Mächte gemacht hätte.

Die Besetzung des bayerischen Finanzministeriums fand am Dienstag unter außerordentlich großer Beteiligung auf dem neuen Schwabinger Friedhof in München statt. Das gesamte bayerische Staatsministerium war erschienen, der bayerische Landtag, die Bürgermeister der Stadt München, die Vertreter der Hochschule und der Beamtenschaft. Den Reichspräsidenten und die Reichsregierung vertrat der Reichspostminister Dr. Schädel, aus Preußen war der Finanzminister Dr. Höpfer-Schöff gekommen, aus Württemberg Finanzminister Dr. Lehinger, aus Baden Staatspräsident Trunk. An der Spitze des Juges steht Kardinal Faulhaber. Ministerpräsident Leib rühmte am Grabe die Verdienste des Toten um den bayerischen Staat. Für den bayerischen Landtag sprach dann Präsident Dr. Königbauer, für die Bayerische Volkspartei ihr Fraktionsvorsitzender Domprobst Dr. Wöhlmut, für das Reich Dr. Schädel, für die Länder Dr. Höpfer-Schöff.

Der 11. August. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag den angekündigten Initiationsgesetzentwurf eingebracht, wonach der 11. August als Verfassungstag zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes erklärt werden soll. Alle öffentlichen Gebäude sind an diesem Tage zu besetzen und in den Schulen sind entsprechende Feiern zu veranstalten. Der Gesetzentwurf wird auch von der demokratischen Reichstagsfraktion unterstützt. Die Zentrumsfraktion hat sich ihre Stellungnahme noch vorbehalten.

die etwas grob gestalteten farbigen Bühnenbilder keine Hilfe bieten. Dafür aber hatte er mit der bei ihm gewohnten eindringlichen Sorgfalt das Spiel in allen Einzelheiten ausgefeilt vorbereitet. Darin liegt sein Hauptverdienst, wenn es nicht schon an sich ein Verdienst ist, den Versuch zu wagen, dieses Werk, das der Dichter selbst nach eigener Äußerung hoch einschätzt im Rahmen seines Gesamtschaffens, der Bühne erneut zu erobern.

Im Mittelpunkt des Spieles stand der Jan von Fris Herz, der die Robustheit des gewalttätigen Trunkenbolde nachdrücklich zur Erscheinung brachte, wenn auch das ertümliche Trich-hafte des animalischen Gewaltmenschen hätte noch stärker betont werden dürfen. Sein Gefährte Schlud, der weiche „künstliche Mensch“, fand in Paul Müllers Darstellung eine sympathische Verkörperung, die mit Recht das Gütige der Gestalt hervorhob.

Gegenüber diesen beiden Typen war die Hofwelt im ganzen etwas schwächer geraten. Waldemar Leitzig blieb als Jon Rand farblos und Alfons Kloebe ließ die melancholische Strepis des Karl, dieses Nachfahren des Shakespeareschen Narren Jacques, in äußerlicher Lustigkeit untergehen, wodurch nicht nur seine Innerlichkeit, sondern auch die des Stückes verloren ging. Gabriele Koch wußte mit Sidell nichts anzufangen. Dagegen zeigte Melanie Gernath in Frau Adelaug eine prachtvolle lustige Witwe. Von allen anderen sei noch der verführerische Rago Hadit von Efriede Albrecht hervorgehoben. Die rhythmisierte Vortragsweise des Stückes kam nur in Stefan Dahlens Jägerprolog zu künstlerischer Wirkung.

Badisches Landestheater. Für Sonntag, den 19. Juni, wird Plotows reizende Oper „Alessandro Stradella“ in neuer Einföhrung vorbereitet. Das liebenswürdige Werk, das seit fünf Jahren nicht mehr im Spielplan des Landestheaters erschienen ist, gelangt unter musikalischer Leitung von Alfons Köhler und unter szenischer Leitung von Helmuth Große zur Aufführung.

Die Sühne für das Warschauer Attentat

Der Mörder des russischen Gesandten in Warschau, Kowars, wurde zu schwerer Gefängnisstrafe ohne Fristangabe verurteilt. Das Gericht will sich beim Staatspräsidenten um die Umwandlung in eine 15jährige Gefängnisstrafe verwenden.

Die Moskauer offiziöse „Iswestija“ weist darauf hin, daß das Urteil in der Öffentlichkeit der Sowjetunion gerechteste Entrüstung hervorgerufen werde. Das beschleunigte Gerichtsverfahren habe die polnische Regierung zur raschesten und sichersten Verbergung aller Fäden des Verbrechens benötigt, die von der Sowjetregierung in ihrer Note gestellten Forderungen hinsichtlich der Untersuchung des Verbrechens und der strengen Bestrafung des Mörders sei von der polnischen Regierung faktisch abgelehnt worden. Die Sowjetregierung warte nunmehr die Stellungnahme Polens zur dritten Forderung, der Liquidierung der weisgaristischen terroristischen Organisationen in Polen ab, um ihre endgültigen Schlüsse zu ziehen, inwieweit die Erklärungen der polnischen Regierung über den Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion zu wahren und zu verbessern, den Tatsachen entsprechen.

Von der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion wird offiziell erklärt, daß die Nachricht, wonach die Sowjetregierung beabsichtige, an die polnische Regierung eine neue Note abzugeben, ohne die Antwort der polnischen Regierung abzuwarten, nicht der Wahrheit entspricht. Die Sowjetunion demontiert Nachrichten über Verhängung des Kriegszustandes über Moskau und Leningrad, Mobilmachung in der Ukraine, Repressalien in verschiedenen Städten Rußlands und weitere Massenhinrichtungen, sowie Massenarresten von Ausländern.

Keine Auflösung des sächsischen Landtages. In der Donnerstag-Sitzung des sächsischen Landtages gelangten als erste Punkte der Tagesordnung der sozialdemokratische Antrag „Der Ministerpräsident Helldt besitzt nicht das Vertrauen des Landtages“ und der kommunistische Antrag „Der Landtag löst sich auf“ zur Verhandlung. Nach etwa zweistündiger Aussprache wurden in der Abstimmung beide Anträge mit 49 gegen 46 Stimmen abgelehnt. — Die Aufwertungsparlei hat sich bereit erklärt, in die Regierung Helldt einzutreten. Ihr Abgeordneter Dr. v. Funetti soll Schatzminister werden. —

Kurze Nachrichten

Gehaltsreform ab 1. Oktober? Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ soll am 1. Oktober eine Neuregelung der Beamtengehälter erfolgen. Das Ausmaß der Aufbesserung liehe noch nicht fest. Man rechnet jedoch mit einer Erhöhung von zehn bis fünfzehn Prozent. Die Vorlage wird, wie das Blatt weiter berichtet, dem Reichstag erst nach seinem Wiederzusammentritt im Herbst, wahrscheinlich anfangs November, zugehen. Die Aufbesserungen sollen dann rückwirkende Kraft per 1. Oktober erhalten.

Autofeststraße Hamburg—Frankfurt—Basel. Wie den „Basler Nachr.“ mitgeteilt wird, ist das technische Projekt der Autofeststraße Hamburg—Frankfurt—Basel umgearbeitet und aus Anlaß der Kölner Automobil-Ausstellung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Die Gesamtlänge der Straße soll 14 m und die Maximalsteigung 3 Proz. betragen; im Notfall soll in gebirgigen Gegenden bis zu 4 Proz. zulässig sein. Die Straße würde rund 300 000 RM pro Kilometer kosten.

Die französische Kammer hat am Donnerstag ein Gegenprojekt des radikalen Abgeordneten Daladier zur Heeresreform mit 324 gegen 220 Stimmen abgelehnt, wobei die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte.

Die Regierungsfrage in Irland. Die Londoner Blätter melden, daß die irischen Parlamentswahlen zu einer politischen Krise geführt haben. Präsident Cosgrave erklärte, daß er nicht beabsichtige, eine Regierung zu bilden, da sich keine Partei jetzt in der Minderheit befindet. — „Westminster Gazette“ schreibt, die irische Regierung wolle versuchen, die Geschäfte weiterzuführen. Es werde angenommen, daß wenn Cosgrave von der Mehrheit des Dail Ernamen erjucht würde, im Amt zu bleiben, er dies wahrscheinlich tun werde.

Die internationale Arbeitskonferenz in Genf ist nach dreiwöchiger Dauer Donnerstag vormittag mit Anwesenheit ihres Präsidenten Sir Alan Carterjee und des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas geschlossen worden.

Zur Lage in China wird gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen Tchangkai-sche, Tchangkai-sche und Tschangkai-sche, dem Gouverneur von Schansi, im Fortschreiten begriffen seien und daß eine Einigung möglich sei. Tchangkai-sche hat übrigens den Oberbefehl über sämtliche Streitkräfte zur Bekämpfung der roten Truppen übernommen.

Entscheidender Sieg der Franzosen in Syrien? Nach einer Agentenmeldung aus Konstantinopel sollen die französischen Truppen in beständigem Kampfe Sultan Akrasch in der Gegend von Sigla vernichtend geschlagen haben. Akrasch sei nach Bagdad geflüchtet. Man betrachte nunmehr den Zustand in dieser Gegend Syriens als beendet.

Verschiedenes

Die Ozeanflieger in Bremerhaven

Die Ozeanflieger haben am Mittwoch, nach dem Besuch in Friedrichshafen ihre Luftreise nach Stuttgart fortgesetzt, wo sie mittags eintrafen. Die Stuttgarter bereiteten ihnen einen herzlichen Empfang. Im Landtag erfolgte eine Begrüßung durch den Präsidenten vor versammeltem Hause, während beim Besuch des Rathauses der Oberbürgermeister einen Ehrenturm darbot. Im Turmrestaurant des Bahnhofes fand im engsten Kreise die Begrüßung der Flieger durch die württembergische Regierung statt. Die Flieger flogen Mittwoch nachmittag nach Frankfurt a. M., wo sie gleichfalls lebhaft gefeiert wurden. Sie übernachteten in Frankfurt. Am Donnerstag wurde Hannover besucht und gegen Abend der Flug nach Bremen angetreten, wo die Flieger in Bremerhaven ihre aus Amerika eintreffenden Gattinnen heute begrüßen wollen.

Schwerer Eisenbahnunfall

Am Donnerstag stieß bei Ludwigstadt in Oberfranken eine Schuttmaschine auf den Güterzug 59 Leipzig—München, zertrümmerte den Postwagen und beschädigte die drei letzten Personenwagen. 25 Insassen wurden schwer verletzt.

Keine Auffindung Kungessers

Bei einer Reihe von Nachrichten über die angebliche Auffindung der französischen Ozeanflieger Kungesser und Colli handelt es sich um eine Missifikation.

Die Heimkehr des italienischen Ozeanfliegers, de Binedo ist am Donnerstag, um 5 Uhr nachmittags, auf dem Flugplatz in Rom gelandet, von Ministern, sowie anderen öffentlichen Persönlichkeiten begrüßt worden und von einem großen Publikum gefeiert.

Badischer Teil

Glickwunsch des badischen Staatspräsidenten

Der badische Staatspräsident Dr. Trunk hat Dr. Sproll, dem neuen Bischof der Diözese Rottenburg, die belanntllich zum Metropolitanverband Freiburg gehört, am Mittwoch die Glückwünsche der badischen Staatsregierung zu seiner Wahl übermittelt.

Die Donauversicherung vor dem Staatsgerichtshof

RTB. Leipzig, 17. Juni. (Tel.) Der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches begann heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Simons mit den Verhandlungen des Rechtsstreites des Landes Württemberg, vertreten durch das Ministerium des Innern, dem sich das Land Preußen, vertreten durch das Ministerium der Landwirtschaft, Domänen und Forsten, angeschlossen hat, gegen das Land Baden, vertreten durch den Minister der Finanzen, auf Feststellung hinsichtlich der Verpflichtung Badens zur Unterhaltung der Donauwasserstraße zwischen Immendingen und Möhringen. Württemberg beantragt, Baden für verpflichtet zu erklären, die künstliche Stauanlage in der Wehrwage des Wasserkraftwerkes in Immendingen zu beseitigen, sowie das Flußbett im „Brühl“ bei Möhringen auf einer Strecke von etwa 2½ km so zu unterhalten, daß die regelmäßige Flußrinne wiederhergestellt wird. Das Land Baden erklärt diese Anträge für unbegründet und erhebt Gegenklage, die württembergische Regierung zu verpflichten, beim Wasserkraftwerk Friedlingen die früheren Verhältnisse wiederherzustellen.

Es handelt sich bei diesem Rechtsstreit um die bekannten Donauversicherungen im Grenzgebiet zwischen Württemberg und Baden. Dadurch wird das Donauwasser, das in der Aachquelle wieder zutage tritt, dem Bodenseegebiet zugeführt. Die Versicherungen haben seit 1883 stark zugenommen, besonders die Zahl der Vollversicherungsstagen, an denen das Donaubett zwischen Immendingen und Tübingen überhaupt kein Wasser führt. Württemberg führt diese Erscheinungen auf badische Maßnahmen zurück. Die Immendinger Wehrwage, die bis zu 10 Kubikmeter pro Sekunde alles Donauwasser aufnehme, sei geradezu eine Anlage zur Verfertigung dieses Wassers und Zuführung zur Aach zum Schaden der Donauanlieger. Nur das überschüssige Wasser werde noch ins Donaubett geleitet. Diese Verminderung des Wasserstandes habe eine Verwilderung des Flußbettes im „Brühl“ zur Folge gehabt mit der Wirkung, daß die Donau auf einer Strecke von 10 km fast völlig trocken gelegt sei. Die badische Regierung habe keine Maßnahmen zur Abhilfe getroffen, vielmehr den Anliegern geradezu die Unterhaltung des Flußbettes (Beseitigung der Sandbänke usw.) verboten.

Demgegenüber erklärt Baden, daß es sich bei den Erscheinungen um Naturvorgänge handle, nicht aber um die Folgen von badischen Maßnahmen. Die Aach sei nichts weiter als ein Donauarm und die Aachanlieger seien demnach als Donauanlieger anzusehen. Die Trockenlegung sei darauf zurückzuführen, daß sich in den letzten Jahren die Niederschläge vom Sommer auf den Herbst und Winter verlegt hätten, also eine natürliche Folge der verschiedenen Wasserstände. Im Gegensatz hierzu handle es sich bei der Verfestigung des Flußbettes, um Naturvorgänge, sondern um Maßnahmen der württembergischen Regierung. Das Friedlinger Kraftwerk nehme das Donauwasser auf und leite es durch einen Stollen wieder ins Flußbett auf höhenzollernischem Gebiet. Dadurch werde die Friedlinger Donauaufwehre zum Schaden der badischen Anlieger trocken gelegt.

Die Vertreter der beiderseitigen Regierungen begründeten in ausführlichen Darlegungen ihren Standpunkt.

Aus der Landeshauptstadt

Der Fronleichnamstag. Die Prozessionen am geistigen Fronleichnamstage fanden unter starker Beteiligung statt. In St. Stefan folgten unmittelbar hinter dem Traghimmel Staatspräsident Dr. Trunk, Finanzminister Dr. Schmitt und Landtagspräsident Dr. Baumgartner.

Von der Technischen Hochschule. Die Technische Hochschule Karlsruhe hat im laufenden Sommersemester 1358 Besucher aufzuweisen, davon 652 Badener, 63 Wäherer, 276 Preußen, 18 Württemberger und 160 Ausländer, von letzteren sind 63 deutscher Herkunft.

Das Baden im Rheinhafengebiet, im Rheinhafen, im Städtkanal und in der Ab außerhalb der zugelassenen Badeplätze ist verboten. Mit Rücksicht darauf, daß in den letzten Jahren mehrere Personen an den genannten Orten ertrunken sind, wird auch jetzt wieder auf das Verbot eindringlich hingewiesen. Die Polizei ist angewiesen, Zuwiderhandelnde zur Anzeige zu bringen.

Unfall Theo Strads. Bei einem Autounfall verunglückte der Geldentor unseres Landestheaters, Theo Strad. Er fuhr in der Nacht auf Mittwoch von der Schloßbeleuchtung in Heidelberg im Auto nach Hause. Infolge eines Reifendestekes stürzte in der Nähe von Graben der Wagen um. Der Wagenführer erlitt eine leichte Gehirnerschütterung und Herr Strad einen Schlüsselbruch, so daß er in das Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Das Eisenbahnunglück bei Wilferdingen vor Gericht. Das erweiterte Schöffengericht in Forzheim verhandelte am Mittwoch gegen den 57 Jahre alten verheirateten Bahnarbeiter Christian Fähler von Wilferdingen, der angeklagt ist, daß er durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen und die Körperverletzung anderer verursacht habe. In der Nacht zum 3. Mai d. J. hatte Fähler den Schrankenwärterdienst am Bahnübergang der Wartestation 15 a zwischen Wilferdingen und Kleinleinbach zu versehen. Telephonisch war die Durchfahrt einer Lokomotive in Richtung Karlsruhe angemeldet worden. Fähler hatte die Schranke zu schließen, dies aber versäumt. Die Lokomotive sauste heran und fuhr auf einen Lastkraftwagen mit Anhängerwagen, der gerade den Bahnübergang passierte. Die beiden Wagen wurden umgeworfen und mit dem Insassen, der aus Möbeln bestand, schwer beschädigt. Von dem Insassen wurde ein Mann getötet, zwei schwer und ein dritter leicht verletzt. Der Angeklagte gab zu, daß er das Unglück verursacht habe. Er habe etwas „gedöst“, ohne richtig zu schlafen, was auf Ermüdung zurückzuführen sei. Der Verteidiger Marum wies darauf hin, daß der Angeklagte bei 12stündiger Dienztzeit einen Wochenlohn von 23 RM verdiene, was vollkommen unzureichend sei. Der Angeklagte wurde zu 5 Monaten Gefängnis abzüglich 6 Wochen Untersuchungshaft verurteilt. Für den Rest der Strafe wurde dem Angeklagten Strafaufschub auf Wohlverhalten bewilligt. Er wurde gleichzeitig für unfähig befunden, weiterhin im Schrankenwärterdienst verwendet zu werden.

XII. Karlsruher Regatta. Am morgigen Samstagmittag beginnt die Karlsruher Regatta mit den Vorrennen, die am Sonntagmorgen fortgesetzt werden. Beim Hauptrennen am Nachmittag werden nicht weniger als 21 Rennen ausgetragen, bei denen in 100 Booten 518 Ruderer aus 23 Vereinen Süddeutschlands sich ein Ruderstellbildein geben. Am Samstagabend findet im Künstlerhaus ein Begrüßungsabend statt, bei dem die Vereine aus Saarbrücken, Frankfurt, Offenbach, Worms, Mainz, Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Heilbronn, Stuttgart, Tübingen, Konstanz und Rastatt begrüßt werden. Die Ehren- und Wanderpreise, die von den Anhängern des Rudersportes zahlreich gestiftet wurden, sind im Zigarrenhaus Mehle, am Marktplatz ausgestellt. Hier, wie bei Gerber Schwinski, Kaiserstr. sind Karten im Vorverkauf zu ermäßigten Preisen zu haben. Aus Anlaß der starken Beteiligung der Rudervereine aus dem ganzen süddeutschen Rudergebiet veranstaltet der Regatta-Verein am Vorabend der Regatta im Künstlerhaus einen Begrüßungsabend. Am Sonntag mittag ab 1/2 Uhr verkehren Postomnibusse nach dem Regatteplatz. Die Einsteigstelle befindet sich beim Grenadierdenkmal in der Duglasstraße.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die durch den Kalteinbruch hervorgerufene Abkühlung trat bereits Mittwochabend ein. Gestern morgen lag die Temperatur in der Ebene noch 3-5 Grad tiefer als die Morgentemperatur des Vortages. Das mit der Polarluft vorgetragene Teilschiff hat sich bis nach Mitteleuropa verlagert und bei uns Aufweitung bei östlicher Luftzufuhr hervorgerufen. Im Laufe des Tages blieb daher die Einstrahlung weiter stark. Ansteigen der Temperatur (Mehrebenen Maximum 23 Grad). Südlich Island ist jetzt ein großer ozeanischer Wirbel vorgestoßen, dessen Wirkung bereits ganz England umfaßt. Unter dem Einfluß der über dem Festlande insbesondere im Osten noch lagernden Hochs werden wir jedoch noch vielfach heiteres, warmes Wetter behalten. Voraussichtliche Witterung für Samstag, den 18. Juni: Noch vielfach heiter und warm, vereinzelt Gewitter.

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Gashütten bei Dasel, 15. Juni. Gestern mittag gegen zwei Uhr ereignete sich auf der Kohlabhaupe dem steilen Nordabhang von Gashütten, eine schwere Felssturzkatastrophe. Unter furchtbarem donnerartigem minutenlangen Krachen, welches mehrere Kilometer weit hörbar war, lösten sich plötzlich ca. 100 cbm Felsmasse und stürzten unter großer Rauchentwicklung über 50 m beinahe senkrecht in die Tiefe. Bäume wurden wie Streichhölzer geknickt. Die 330 m lange den unteren Teil des Abhanges zu Tal führende Turbinendruckrohrleitung der Kaser'schen Elektrizitäts-Anlage wurde an mehreren Stellen mit Wucht getroffen wodurch mehrere Rohrbrüche entstanden. Da es sich um Felsblöcke bis gegen 200 Zentner Gewicht handelt, dürften die Aufräumungsarbeiten in dem schwierigen Gelände nicht leicht und ungefährlich werden, besonders auch weil ein weiterer Felssturz nicht ausgeschlossen zu sein scheint.

D.3. Freiburg i. Br., 16. Juni. In althergebrachter Weise wurde auch dieses Jahr wieder der höchste Feiertag in der katholischen Kirche, Fronleichnam, durch eine feierliche Prozession begangen. Aus Anlaß des 100jährigen Bestehens des Erzbistums hatte die Stadt diesmal ein besonderes festliches Gewand angelegt. Die gelb-weißen Fahnen des Kirchenstaates wetteiferten mit den badischen. Am Eingang zur Herrenstraße war ein großer, mit Tannenzweigen geschmückter Lorbogen errichtet, an dem in goldenen Lettern die Zahl 100 prangte. Am morgen um 7 Uhr war feierliches Hochamt im Münster. Darauf folgte die Zug unter dem Geläute sämtlicher Glocken durch die Straßen der Stadt zu den einzelnen Stationen in Bewegung. Die Ankunft an den Altären wurde jeweils durch Pöllerchüsse vom Schloßberg aus verkündet. Inmitten des Zuges wurde unter einem Baldachin das Allerheiligste vom Erzbischof getragen. Voran ging das erzbischöfliche Domkapitel. Dahinter folgten die katholischen Professoren der Hochschulen, der Oberbürgermeister, der Stadtrat und andere. Gegen 12 Uhr war die Prozession durch die Kaiserstraße wieder ins Münster zurückgelangt wo ein Teedeum mit Segen den Abschluß der Feier brachte. Die ganze Veranstaltung war vom Wetter auch dieses Mal außerordentlich begünstigt. Aus der Umgebung waren tausende in die Stadt geeilt.

D.3. Freiburg i. Br., 16. Juni. Als gestern abend von Himmelreich ein Transport Rabe in die Stadt getrieben wurde, wurde plötzlich eines der Tiere wütend und rannte den die Straße lehenden Besitzer des bekannten Gasthauses „Zum Schiff“, Friedrich Klump, an und bohrte ihm ein Horn in die Schläfe mit solcher Gewalt, daß die Hornspitze die Schädelknochen durchstieß. Der Unglückliche starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Das wütende Tier warf auch einen Kinderwagen um, die Mutter konnte das Kind noch rechtzeitig aus dem Wagen reißen, wurde aber von dem Tier selbst ungeworfen, wobei Mutter und Kind leichtere Verletzungen erlitten. Ein Metzger schlug das wütende Tier nieder und schlachtete es an Ort und Stelle.

D.3. Karlsruhe, 15. Juni. Kommerzienrat Max Verblausch wurde zum Präsidenten und Kaufmann Max Kopp zum Vizepräsidenten der Handelskammer Karlsruhe einstimmig gewählt.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	17. Juni		15. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.91	169.25	168.95	169.24
Kopenhagen 100 Kr.	112.70	112.92	112.74	112.94
Italien . . . 100 L.	23.475	23.515	23.54	23.58
London . . . 1 Pfd.	20.470	20.510	20.475	20.515
Newyork . . . 1 D.	4.2155	4.2235	4.2155	4.2235
Paris . . . 100 Fr.	16.505	16.545	16.51	16.55
Schweiz . . . 100 Fr.	81.05	81.25	81.075	81.235
Wien 100 Schilling	69.27	69.39	69.29	69.71
Prag . . . 100 Kr.	12.487	12.507	12.49	12.51

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbesetzungsstelle vom 14. Juni d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11 d. bzw. für ein Gramm Feingold 32,7616 pence.

Neuer Zinsfuß für kurzfristige Personalkredite. Die Deutsche Rentenbank und die Deutsche Rentenbank Kreditanstalt teilen mit: In Anlehnung an die Erhöhung des Reichsbankdiskontsatzes haben die Deutsche Rentenbank und die Deutsche Rentenbank Kreditanstalt den Zinsfuß für ihre kurzfristigen Personalkredite um ein Prozent heraufgesetzt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Sammlung für den Bad. Krüppelfürsorgeverein.
In Erweiterung der am 31. Mai 1927 dem badischen Krüppelfürsorgeverein in Heidelberg erteilten Sammel-erlaubnis zugunsten der Errichtung eines Krüppelheim- und der allgemeinen Krüppelfürsorge wird die Genehmigung dazu erteilt, daß hierfür anlässlich des Reichsarbeiterporttages am 26. Juni 1927 auf den Sportplätzen, die an diesem Tage in Benutzung stehen, eine Sammlung mit Sammelbüchern vorgenommen wird.
Karlsruhe, den 14. Juni 1927.
Der Minister des Innern
J. W. Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Landesökonomierat Heinrich Ries in Stühlingen in gleicher Eigenschaft nach Mühlheim.

Justizministerium

Ernennung:
Bürohilfs Wilhelm Dehm beim Notariat Stausen zum Justizassistent, Kanzleihilfs Friedrich Müller beim Amtsgericht Mannheim zum Kanzleissistent, Kanzleihilfs Emil Weber beim Notariat Ralsheim zum Kanzleissistent beim Notariat Freiburg, der Angestellte Karl Felsler beim Landesgefängnis Freiburg zum Wachmeister und Aufseher, Richard Holzer beim Bezirksgefängnis III in Karlsruhe zum Hausmeister beim Männerzuchtshaus Bruchsal.

Zurücksetzung:
Inspektor Karl Württemberg beim Männerzuchtshaus Bruchsal.

Bezirkssparkasse Zell i. W.

(Öffentliche Verbandssparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Bermögen.		Verbindlichkeiten.	
	Rh.		Rh.
1. Kassenbestand	28 330.78	1. Spareinlagen	430 786.21
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post-Scheidamt	48 688.75	2. Giro- und Kontokorrent-einlagen	208 679.05
3. Wertpapiere	2.-	3. Rücklagen:	
4. Wechsel	23 483.01	a) gesetzliche Reservefonds	25 443.37
5. Darlehen a. Hypotheken	150 703.50	b) Aufwertungsfond	2 149.33
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	392 277.65	4. Reingewinn vom Jahre 1926	8 190.58
7. Darlehen auf Schuldscheine	23 390.65		
8. Darlehen an Gemeinden	6 500.-		
9. Einnahme-Rückstände	1 871.20		
10. Gerätschaften	1.-		
	675 248.54		675 248.54

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8% aus Rh. 639 465.-	= Rh. 51 157.20
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926	Rh. 33 633.95
Somit weniger :	Rh. 17 523.25
Zell i. W., den 31. Mai 1927.	R. 882

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Walz. **Der Geschäftsleiter:** Riß.

Bücher sind Freunde Bücher sind Gefahren

Badische Höhere Techn. Lehranstalt (Staatsstechnikum).

Karlsruhe, Mittelstraße 9.
Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Winter-Studienhalbjahre sind spätestens bis zum 15. Juli 1927 an die Direktion schriftlich zu richten.

Aufnahme- und Nachprüfungen finden am 17., 18. und 19. Oktober 1927 statt.
Der Unterricht wird Donnerstag, den 20. Oktober 1927, vorm. 10 Uhr eröffnet.
Alles Näheres ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen Vorzahlung einer Gebühr von 50 Pf. zugänglich Porto er.lich ist. G. 449

Karlsruhe, im Juni 1927.
Die Direktion: gez. Paulsen.

Verein zum Betrieb einer Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische in Fock.

Gemäß § 4 der Satzungen obigen Vereins laden wir hiermit die Mitglieder desselben zu der am Dienstag, den 21. Juni d. J., nachm. 1/4 Uhr in der Anstalt zu Fock stattfindenden **Mitgliederversammlung** ganz ergebenst ein. G. 479

Tagesordnung.
1. Bericht des Direktors über das abgelaufene Jahr.
2. Abhór der Jahresrechnung 1926/27.
3. Genehmigung des Voranschlags 1927/28.
4. Revision der Satzungen in einigen Punkten.
Der Vorsitzende des Landesauschusses: gez. Prälat a. D. D. Schmittenner.

Bruchsal, R. 862
Das Amtsgericht hat folgendes Aufgebot erlassen: Landwirt Anton Reim in Büchenau hat beantragt, die unbekanntes Hypothekengläubiger, die als Erben bzw. Rechtsnachfolger an die Stelle des etwa um das Jahr 1910 verstorbenen, auf seinem Grundstück der Gemarkung Büchenau, Grundbuch Band 11, Blatt 35 3. Abt. Nr. 2 Lgb. Nr. 150, 20 a 97 qm, Hofreite u. Hausgarten als Gläubiger einer Sicherungshypothek für Kaufgeld im Betrag von 2300 M. ein-

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernennung:
Otto Barth, Religionslehrer an der Humboldtschule in Karlsruhe zum Professor daselbst.

Ministerium der Finanzen

Übertragung:
Dem Oberforsttrat Dr. Rudolf Pfefferkorn bei der Forst-Abteilung des Finanzministeriums die Stelle des Vorstands des staatlichen Forstamts Freiburg.

Forstabteilung
Beruf:
Oberforstwart Michael Schäfer in Wilhelmfeld nach Schönau bei Heidelberg.

Gestorben:
Justizoberinspektor Albert Stalter bei der Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht.

Badisches Landestheater

Badisches Landestheater Karlsruhe.
Spielplan vom 18. Juni bis 28. Juni 1927.

a) Im Landestheater:
Samstag, 18. Juni. Nachmittags: Schulfahrt zum Besuch des Badischen Landestheaters; Egmunt. Trauerspiel von Goethe, 3 b. n. 6 (5.-).
Abends * G 29 Th.-Gem. 101-300 und 601-700. Überfahrt. Schauspiel von Sutton Vane. 8 b. g. 10 1/2 (5.-).
Sonntag, 19. Juni. * A 28 Th.-Gem. 3. G. R. Neuenstudietz; Alexandra Stradella. Oper von Friedrich von Flotow. 7 1/2 bis 9 1/2 (7.-).
Montag, 20. Juni. Volksbühne 10. Die Entführung aus dem Serail. Oper von Mozart. 8 b. n. 10 1/2 (7.-).
Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
Dienstag, 21. Juni. * B 29 Th.-Gem. 401-500 und 1. G. R. Schluß und Jau. Ein romantisches Scherzspiel von Gerhart Hauptmann. 7 1/2-10 1/2 (5.-).
Mittwoch, 22. Juni. * E 30. Jar und Zimmermann. Oper von Vorping 7 1/2-10 1/2 (7.-).
Donnerstag, 23. Juni. * D 29 (Donnerstagniete). Th.-Gem. 701-800. Alexandra Stradella. Oper von Friedrich von Flotow. 7 1/2-9 1/2 (7.-).
Freitag, 24. Juni. * F 29 (Freitagniete). Th.-Gem. 501 bis 700 und 801-900. Schluß und Jau. Ein romantisches Scherzspiel von Gerhart Hauptmann. 7 1/2-10 (5.-).
Samstag, 25. Juni. Außer Miete (Erstes Vorrecht Miete F.). Abschiedsvorstellung für Herma Clement: Fräulein Julie. Ein naturalistisches Trauerspiel von Strindberg. Hierauf: Anatols Hochzeit morgen von Arthur Schnitzler. 8 bis 9 1/2 (5.-).
Sonntag, 26. Juni. * C 29. Th.-Gem. 2. S.-Gr. Die weiße Dame. Oper von Boieldieu. 7 1/2-10 (7.-).
Montag, 27. Juni. Volksbühne 11. Kolpene oder: Der Lang um's Geb. Eine lieblohe Komödie von Ben Jonson. 7 1/2 bis n. 10 1/2 (5.-).
Dienstag, 28. Juni * G 30. Th.-Gem. 1101-1200. Neuenstudietz: Die Jüdin. Oper von Halevy. 7 1/2 bis n. 10 1/2 (7.-).

b) Im städt. Konzerthaus:
Sonntag, 19. Juni. * Mein Vetter Eduard. Schwan von Friedmann-Frederich und Ralph Arur Roberts. 7 1/2-9 1/2 (4.-).
Sonntag, 26. Juni. Mein Vetter Eduard. 7 1/2-9 1/2 (4.-).

Rundfunkstunde des Badischen Landestheaters: Freitag, den 24. Juni 1927, 6,15 Uhr.

Vorrecht. a) Bei Mietvorstellungen Umtausch für Inhaber von Blockstücken jeweils ab Samstag nachmittags 3 1/2 bis 5 Uhr.
b) Bei Vorstellungen außer Miete: Vorrecht der Platzmieter mit 10 Proz. Nachlaß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 9 1/2-12 Uhr. - Die im Wochenplan genannte Abteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. - Im ersten Vorrecht wird unter den Mieteabteilungen abgewechselt.

c) Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf. Vorverkaufsstelle des Landestheaters, Fernspr. 6288. In der Stadt: Hauptverkaufsstellen: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ede Kaiser- und Waldstraße, und Kleinfürst Hermann Mehle, Kaiserstraße 141. Weitere Verkaufsstellen: Zigarrenhandlung Fr. Brummer, Kaiserallee 29 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werberplatz 48.

Die Stelle eines **Bürgermeisters der Stadt Oberbach a. N.** ist auf Anfang September d. J. neu zu besetzen. Qualifizierte Bewerber wollen ihre Gesuche bis zum 1. Juli beim Gemeinderat einreichen, unter Angabe ihrer Befoldungsansprüche. Akademiker, insbesondere Verwaltungsjuristen erhalten unter Umständen den Vorzug. G. 473

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Badisches Landestheater

Samstag, den 18. Juni 1927
* G 29 Th.-Gem. 101-300 und 601-700

Überfahrt

von Sutton Vane
In Szene geföhrt von Dr. Gerhard Storz

Prior Dahlen
Cliebeden-Bants Ermarth
Dufe Kloble
Ridgel Frauendorfer
Vinglet Gemmecke
Ann Moest
Henry Zeitgeb
Scrubby Krüster
Thomson Herz

Anfang 8 Ende geg. 10 1/2
I. Speeritz 5 M.

So. 19. Juni: Neu einstudiert: Alexandra Stradella. Im Konzerth.: Mein Vetter Eduard.

Pianos

Harmoniums
Sprech-Apparate

kaufen Sie in der Fabrik - Niederlage der leistungsfähigen Harmonium- und Piano-Fabrik

H. Goll A.-G.
Filiale Karlsruhe
Waldhornstraße 30
Telephon 6835

in jeder Beziehung vorteilhaft!

Druck G. Braun, Karlsruhe